

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 27. Sitzung (19. TA)

des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt

am Donnerstag, 23.01.2025, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 51373
Leverkusen, 5. OG, Ratssaal
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Tim Feister

2. stv. Vorsitzender

Bernhard Marewski

bis einschl. TOP 3.4

René Mayer

Frank Schmitz

Sven Tahiri

SPD

Alexander Finke

i.V. für BM Heike Bunde

Darius Omid Ganjani Dasht Pour

Dirk Löb

Vorsitzender

Mohammed Rifi

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Andreas Bokeloh

1. stv. Vorsitzender

Dr. Stefan Pausch

Susanne Schwartzmann-Bakkali

BÜRGERLISTE

Horst Müller

OP

Christoph Pesch

AfD

Andreas Keith

FDP

Friedrich Busch

i.V. für Petra Franke

Klimaliste Leverkusen

Frank Pathe

parteilos

Manfred Schröder

bis einschl. TOP 3.1

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Sam Kofi Nyantakyi

Verwaltung:

Alexander Lünenbach

Beigeordneter Dez. III

Katrin Arndt

Dezernat III

Jana Hacke

Dezernat III

Andres Mauricio Estrada Bolivar

Dezernat V

Susanne Weber

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Christiane Jäger

Mobilität und Klimaschutz (31)

Bettina Zimmer

Mobilität und Klimaschutz (31)

Livia Kramer

Mobilität und Klimaschutz (31)

Johanna Schmidt

Mobilität und Klimaschutz (31)

Nicolas Hell

Umwelt (32)

Lukas Najdoski

Umwelt (32)

Dörte Hedden

Umwelt (32)

Nicole Hammen

Umwelt (32)

Karla Marschollek

Umwelt (32)

Sabine Jarosch

Kinder und Jugend (51)

Stefan Karl

Stadtplanung (61)

Lahja Oberholz

Umwelt (32)

Ulrich Hammer

Stadtgrün (67)

Wulf Riedel

Technische Betriebe der Stadt Leverkusen
AöR

Simone Möller

Technische Betriebe der Stadt Leverkusen
AöR

Gesellschaften:

Marc Kretkowski

wupsi GmbH

Schriftführung:

Kathrin Hellbarth

Umwelt (32)

Es fehlen:

SPD

Heike Bunde

FDP

Petra Franke

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1 Eröffnung der Sitzung.....	6
2 Niederschriften	6
3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW.....	7
3.1 Bericht des Vorsitzenden zur Behandlung von Anregungen und Beschwerden gem. § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Leverkusen.....	7
3.2 Aufrechterhaltung der bisherigen Fahrroute für die Buslinie 206 - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 09.12.2024 - m. Stn. v. 23.01.2025 - Nr.: 2024/3169.....	7
3.3 Berücksichtigung der künftigen Bevölkerungsentwicklung sowie der Versorgungssituation in den Stadtbezirken bei der Kita-Bedarfsplanung für die Stadt Leverkusen - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 10.12.2024 - m. Stn. v. 23.01.2025 - Nr.: 2024/3161	8
3.4 Kostentransparenz beim Neubau von Kindertagesstätten - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 17.12.2024 - m. Stn. v. 23.01.2025 - Nr.: 2024/3170...8	8
4 Vorstellung der wupsi-Depot-Neubauplanung - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 18.11.2024 - Nr.: 2024/3159.....	9
5 Hochwasserschutz am Wiembach - Machbarkeitsstudie "Grünes Hochwasserrückhaltebecken" am ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände.....	9
5.1 Änderungsantrag der Fraktion Opladen Plus vom 13.01.2025 zur Vorlage Nr. 2024/3164 - m. Stn. v. 20.01.2025 - Nr.: 2025/3186.....	9
5.2 Verwaltungsvorlage - Nr.: 2024/3164	9
6 Grünsatzung – Einstellung der Erarbeitung - Nr.: 2024/3163	12
7 Bebauungsplan Nr. 282/I "Wiesdorf - Zuwegung Kläranlage westlich Westring" - Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens - Aufstellungsbeschluss - Nr.: 2024/3090	12
8 Einleitungsbeschluss über die vorbereitende Untersuchung (VU) nach § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für das Untersuchungsgebiet entlang der Gustav-Heinemann-Straße in Leverkusen-Manfort - Nr.: 2024/3156	13
9 Elektronische Wohnsitzanmeldung in Leverkusen einführen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2025 - Nr.: 2025/3194...13	13

Bericht der Verwaltung: Ergänzender Vortrag zu TOP 5 "Hochwasserschutz am Wiembach"	13
Bericht des Dezernenten	14
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024).....	14

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), begrüßt Rh. Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) als neues Mitglied des Ausschusses sowie Rh. Finke (SPD), der zunächst als Vertreter erstmalig anwesend ist.

Der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), kritisiert, dass die Stellungnahmen der Verwaltung zu vier Tagesordnungspunkten erst am Tag der Sitzung versandt wurden. Er erläutert, dass er diesbezüglich Gespräche mit dem Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01) sowie mit Herrn Beig. Lünenbach geführt habe, bei denen Verbesserungen der Prozesse vereinbart wurden.

Herr Pathe (Klimaliste Leverkusen) beantragt, die Tagesordnungspunkte 3.2, 3.3 und 3.4 wegen der zu spät eingegangenen Stellungnahmen der Verwaltung in den nächsten Turnus zu vertagen.

Darüber lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), abstimmen.

dafür: 1 (Klimaliste Leverkusen)
dagegen: 17 (5 CDU, 4 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)

Damit ist der Vertagungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), über die Arbeitstagesordnung abstimmen.

dafür: 17 (5 CDU, 4 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)
dagegen: 1 (Klimaliste Leverkusen)

Damit ist die Arbeitstagesordnung mehrheitlich beschlossen.

2 Niederschriften

Der Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt nimmt die Niederschrift zu seiner 26. Sitzung vom 14.11.2024 zur Kenntnis.

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

3.1 Bericht des Vorsitzenden zur Behandlung von Anregungen und Beschwerden gem. § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Leverkusen

Gemäß § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung wird wie folgt Bericht erstattet:

Die Eingabe nach § 24 GO NRW „Nachfahrverbot für Mähroboter“ (Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2024/3041) vom 04.10.2024 wurde vom Rat der Stadt Leverkusen in der Sitzung vom 16.12.2024 mehrheitlich mit Änderungen beschlossen.

Die Eingabe nach § 24 GO NRW „Beschluss der abgelehnten Vorlage zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass für den Stadtteil Opladen für das Jahr 2025“ (Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2024/3057) vom 17.10.2024 wurde vom Rat der Stadt Leverkusen in der Sitzung vom 16.12.2024 mehrheitlich mit Änderungen beschlossen.

Die Eingabe nach § 24 GO NRW „Beschluss der abgelehnten Vorlage zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass für den Stadtteil Schlebusch für das Jahr 2025“ (Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2024/3058) vom 18.10.2024 wurde vom Rat der Stadt Leverkusen in der Sitzung vom 16.12.2024 mehrheitlich mit Änderungen beschlossen.

Die Eingabe nach § 24 GO NRW „Beschluss der abgelehnten Vorlage zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass für den Stadtteil Wiesdorf für das Jahr 2025“ (Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2024/3064) vom 22.10.2024 wurde vom Rat der Stadt Leverkusen in der Sitzung vom 16.12.2024 mehrheitlich mit Änderungen beschlossen.

3.2 Aufrechterhaltung der bisherigen Fahrroute für die Buslinie 206

- Eingabe nach § 24 GO NRW vom 09.12.2024
- m. Stn. v. 23.01.2025
- Nr.: 2024/3169

Der Vertreterin der Petentin, Frau Ursula Maksic, wird einstimmig Rederecht gewährt. Sie erläutert daraufhin die Eingabe nach § 24 GO NRW.

Herr Kretkowski (wupsi GmbH) nimmt zu der Eingabe Stellung und beantwortet die Fragen des Gremiums zu den Gründen der Änderung der Linienführung der Buslinien 205, 206 und 253. Zudem stellt er die Möglichkeit einer Prüfung der Linienführung der Buslinie 206 in Aussicht.

Herr Busch (FDP) bittet darum, über das Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat die Frage zu beantworten, auf welche Höhe sich die Kosten einer geänderten Linien-

führung der Buslinie 253 vom Busbahnhof Opladen bis zum Betriebshof Borsigstr. belaufen.

Beschluss:

Die wupsi GmbH prüft die Möglichkeit einer Wiedereinführung der Linienführung der Buslinie 206 über die Feldstraße mit dem Haltepunkt Görlitzer Straße sowohl in einem stündlichen Rhythmus als auch in einem 20-Minuten-Takt.

- einstimmig -

3.3 Berücksichtigung der künftigen Bevölkerungsentwicklung sowie der Versorgungssituation in den Stadtbezirken bei der Kita-Bedarfsplanung für die Stadt Leverkusen

- Eingabe nach § 24 GO NRW vom 10.12.2024

- m. Stn. v. 23.01.2025

- Nr.: 2024/3161

Dem Petenten, Herrn Dr. Stefan Artlich, wird einstimmig Rederecht gewährt. Daraufhin erläutert er seine Eingabe nach § 24 GO NRW.

Frau Jarosch (51) nimmt dazu Stellung.

Herr Ganjani (SPD) beantragt, die Eingabe aufgrund der schriftlichen und mündlichen Stellungnahme der Verwaltung für erledigt zu erklären.

Darüber lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), abstimmen.

Beschluss:

Erledigung der Eingabe nach § 24 GO NRW aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung

- einstimmig -

3.4 Kostentransparenz beim Neubau von Kindertagesstätten

- Eingabe nach § 24 GO NRW vom 17.12.2024

- m. Stn. v. 23.01.2025

- Nr.: 2024/3170

Der Petentin, Frau Andrea Jorns, wird einstimmig Rederecht gewährt. Daraufhin erläutert sie ihre Eingabe nach § 24 GO NRW.

Rh. Feister (CDU) beantragt, die Eingabe aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt zu erklären.

Darüber lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), abstimmen.

Beschluss:

Erledigung der Eingabe nach § 24 GO NRW aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung

dafür: 15 (5 CDU, 4 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-LISTE, 1 AfD, 1 FDP)

dagegen: 2 (1 OP, 1 Klimaliste Leverkusen)

- 4 Vorstellung der wupsi-Depot-Neubauplanung
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 18.11.2024
- Nr.: 2024/3159

Herr Pesch (OP) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Nach dem Austausch der Standpunkte nimmt Herr Kretkowski (wupsi GmbH) Stellung und erläutert das weitere Verfahren.

Aufgrund dieser Stellungnahme beantragt Herr Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), die Erledigung des Antrages zu erklären.

Darüber lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), abstimmen:

dafür: 15 (4 SPD, 4 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-LISTE, 1 AfD, 1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen)

dagegen: 1 (OP)

Damit ist der Antrag mehrheitlich für erledigt erklärt.

- 5 Hochwasserschutz am Wiembach - Machbarkeitsstudie "Grünes Hochwasserrückhaltebecken" am ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände

- 5.1 Änderungsantrag der Fraktion Opladen Plus vom 13.01.2025 zur Vorlage Nr. 2024/3164

- m. Stn. v. 20.01.2025

- Nr.: 2025/3186

- 5.2 Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2024/3164

Die Tagesordnungspunkte 5.1, Änderungsantrag Nr. 2025/3186 der Fraktion Opladen Plus vom 13.01.2025 zur Vorlage Nr. 2024/3164, und 5.2, Vorlage „Hochwasserschutz am Wiembach - Machbarkeitsstudie „Grünes Hochwasserrückhaltebecken" am ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände“ werden gemeinsam beraten.

Die im Anschluss an den Vortrag des Fachbereichs Mobilität und Klimaschutz (31) und der Technischen Betriebe der Stadt Leverkusen, AöR (TBL) aufgeworfenen Fragen werden von Herrn Beigeordneten Lünenbach, Dez. III, Frau

Jäger (31) und Herrn Riedel (TBL) umfassend beantwortet.

Es wird ausdrücklich zugesagt, dass eine Veranstaltung zur Information der Bürger stattfinden wird.

Der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), informiert den Ausschuss über die Protokollierung der Sitzung des Naturschutzbeirates vom 12.11.2024 zu der Thematik.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), über den Antrag in der Form, dass eine unverbindliche Empfehlung an die Organe der TBL AöR ausgesprochen wird, abstimmen.

dafür: 1 (OP)
dagegen: 16 (5 CDU, 4 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)
Enth.: 1 (Klimaliste Leverkusen)

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Rh. Schmitz (CDU) bittet folgenden Wortbeitrag seiner Fraktion zu Protokoll zu nehmen:

„Wie bereits im Rahmen der ersten Vorlage zu diesem Themenbereich im Mai 2021 (Vorlage Nr. 2021/0659) wird auch die aktuelle Information über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie als Kenntnisnahmevorlage den Ausschüssen, dem Bezirk II sowie dem Rat vorgelegt. Richtig ist, dass nach § 2 Abs. 1 Nr. d der Satzung die TBL AöR u.a. für den Hochwasserschutz auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen zuständig ist. Entscheidungsgremium ist der Verwaltungsrat der TBL. Gleichwohl sieht die CDU-Fraktion in diesem Fall eine engere Einbindung der Ausschüsse, des Bezirks und des gesamten Rates als geboten an, wie es im Übrigen in vergleichbaren Fällen bereits in der Vergangenheit vollzogen wurde.

Anders als noch im Jahr 2021 hat die Verwaltung nicht die Absicht, die Ergebnisse der Studie und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen bzw. erforderlichen Beschlüsse im Rahmen einer Bürgerbeteiligung (Bürgerversammlung) vorzustellen. Aus sich der CDU-Fraktion haben aber insbesondere die Anwohnenden „rund um den Wiembach und der angrenzenden Straßen“ ein Recht darauf, aus erster Hand durch die Verwaltung sowie von den für die Entscheidungsfindung verantwortlichen Gutachtern informiert zu werden. Seit nunmehr 3,5 Jahren warten die vom damaligen Starkregenereignis besonders Betroffenen auf Maßnahmen der Stadt, die zukünftig einen besseren Schutz bieten sollen. Jetzt wird lediglich auf die fachlich nicht versierten Lokalpolitiker sowie die Presse gesetzt, um die Ergebnisse, die Bewertungen sowie die daraus folgenden Entscheidungen der Öffentlichkeit zu „verkaufen“.

Mit dieser Mutlosigkeit der Verwaltung geht leider auch einher, dass damit das Thema in den anstehenden Kommunalwahlkampf hineingezogen wird. Das gilt es in dieser wichtigen Angelegenheit absolut zu vermeiden. Neben einer rein fachlichen Bewertung darf man bei diesem Thema nicht die berechnete, emotionale Komponente vergessen. Bei jedem größeren angekündigten Regenereignis schauen die Betroffenen des Jahres 2021 mit großer Sorge auf den Wiembach und die Wupper. Parallel wurden und werden (städtische und private Gelder) in Millionenhöhe für Sanierungen von Schulen, Kirchen, Kindergärten und des Naturgutes ausgegeben, ohne dass eine erkennbare Verbesserung des Hochwasserschutzes erzielt wird.

Die CDU-Fraktion fordert daher die Verwaltung auf, noch im ersten Halbjahr 2025 eine Bürgerveranstaltung in Opladen durchzuführen, um sachlich über die Ergebnisse zu informieren und das weitere geplante Vorgehen von Seiten der TBL darstellen zu lassen. Nach Möglichkeit sollte bei diesem Termin auch der Wupperverband vertreten sein, um über den Stand der Verbesserungen des Hochwasserschutzes bei der Wupper zu berichten. Wiembach und Wupper müssen in Folge des vergangenen Ereignisses zwingend gemeinsam betrachtet werden.

Bei diesem Termin sollte auch deutlich gemacht werden, dass ein technischer Hochwasserschutz im Status quo nicht erreicht werden kann. Auch nach der von der Politik geforderten Studie muss festgestellt werden, dass die Ausweitung des Wiembaches als hydraulisch gleichwertige Lösung festgestellt wurde. Unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen erscheint ein Festhalten an der „Unversehrtheit der Wiembachallee“ in ihrem jetzigen Zustand für den Hochwasserschutz in ihrem jetzigen Zustand für den Hochwasserschutz für Menschen und Gebäude nicht erkennbar.

Hinsichtlich der Ergebnisse der Studie haben sich bei der CDU-Fraktion noch Fragen ergeben (hier u. a. die Fragen nach 800 Bäumen (!), die für ein solches Hochwasserrückhaltebecken gefällt werden müssten). Auch ist der CDU unklar, wie bei der einzig vorliegenden und favorisierten Maßnahme einer Gewässeraufweitung in der Wiembachallee (Absenkung des Wasserspiegels um bis zu 17 cm) ein künftiger Schutz des Naturgutes Ophoven (welches gerade umfangreich saniert und erweitert wird) erreicht werden soll oder wie der im Jahr 2021 als „Problem“ festgestellte Durchfluss unter der Bahnlinie Rennbaumstraße verbessert werden könnte? Daher wird die Errichtung eines Hochwasserrückhaltebeckens in der Variante 4+ mit einem Retentionsvolumen von 135.000 m³ und einer damit einhergehenden Reduzierung des Abflusses am Unterlauf des Wiembach um ca. 4,8 m³/s auf dann 12,7 m³/s als zusätzliche (ergänzende) Schutzmaßnahme weiterhin als sinnvoll und für einen ganzheitlichen Hochwasserschutz für Opladen als notwendig angesehen.

Daher bittet die CDU-Fraktion die Verwaltung, bei einem zeitnahen Vor-Ort-Termin die Politik über die Variante 4+ (mit all den beschriebenen Auswirkungen beim Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens auf dem ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände und der Wiembachau) zu informieren.

Die CDU sieht in einem „sowohl als auch“ statt einem „entweder oder“-Szenario die bestmögliche Vorgehensweise, um insbesondere auch die Gebäude „vor der Wiembachallee“ zu schützen. Eine rein materiell ausgerichtete Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sollte nach den Erlebnissen des Jahres 2021 nicht die allein maßgebliche Entscheidungsgrundlage sein. Daher müssen alle Anstrengungen von Seiten der Verwaltung unternommen werden, nach einem positiven Votum durch den Stadtrat auch die Realisierung des Hochwasserrückhaltebeckens mittelfristig umzusetzen.“

6 Grünsatzung – Einstellung der Erarbeitung
- Nr.: 2024/3163

Herr Busch beantragt, die Vorlage insofern zu ändern, dass der Beschlussentwurf so umformuliert wird, dass die Erstellung der Grünsatzung nicht derzeit, sondern grundsätzlich nicht weiterverfolgt wird.

Darüber lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), abstimmen:

dafür: 1 (FDP)
dagegen: 9 (4 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,
1 Klimaliste Leverkusen)
Enth.: 6 (4 CDU, 1 OP, 1 AfD)

Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 11 (4 CDU, 4 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD, 1 FDP)
dagegen: 4 (3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Klimaliste Leverkusen)
Enth.: 1 (OP)

7 Bebauungsplan Nr. 282/I "Wiesdorf - Zuwegung Kläranlage westlich Westring"
- Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
- Aufstellungsbeschluss
- Nr.: 2024/3090

Herr Karl (61) erläutert auf Nachfrage von Herrn Pesch (OP), dass die Planung vom Wupperverband vorgeschlagen und entsprechend in das Bauleitverfahren übernommen wurde.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen:

Wie Vorlage

- einstimmig mit einer Enthaltung (OP) -

- 8 Einleitungsbeschluss über die vorbereitende Untersuchung (VU) nach § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für das Untersuchungsgebiet entlang der Gustav-Heinemann-Straße in Leverkusen-Manfort
- Nr.: 2024/3156

Herr Karl (61) beantwortet die Fragen des Gremiums zur Zuständigkeit des Fachbereichs Stadtplanung (61) und zur Abgrenzung des Untersuchungsgebietes.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Löb (SPD), über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 9 Elektronische Wohnsitzanmeldung in Leverkusen einführen
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2025
- Nr.: 2025/3194

Rh. Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag für seine Fraktion.

Herr Beigeordnete Lünenbach (Dez. III) nimmt dazu Stellung und erläutert, dass die Stadt Leverkusen seit dem 20.12.2024 an den Online-Dienst „Elektronische Wohnsitzanmeldung“ angebunden ist, der nach einer zeitnahen Behebung technischer Fehler in Kürze in Betrieb genommen wird.

Rh. Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht daraufhin den Antrag aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zurück.

Bericht der Verwaltung: Ergänzender Vortrag zu TOP 5 "Hochwasserschutz am Wiembach"

Vor den Beratungen zu TOP 5 halten Frau Jäger (31), Frau Kramer (31) und Herr Riedel (TBL AöR) einen Vortrag, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bericht des Dezernenten

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) informiert den Ausschuss wie folgt:

Kommunale Wärmeplanung

Der Auftrag für die Erstellung der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) für die Stadt Leverkusen wurde im Dezember 2024 erfolgreich vergeben. Die beauftragte Bietergemeinschaft besteht aus der soptim buiness consult (sbc) GmbH aus Essen und dem Gas- und Wärme-Institut e.V. Essen.

Das Wärmeplanungsgesetz auf Bundesebene sowie das Landeswärmepaltungsgesetz NRW bilden die gesetzliche Grundlage für die Erstellung der Kommunalen Wärmeplanung. Ziel ist es, einen Maßnahmenfahrplan für die Erreichung einer treibhausgasneutralen Wärmeversorgung bis 2045 zu erstellen. Die Wärmeplanung soll die Frage beantworten, welche Wärmeversorgungsoption in einem bestimmten Gebiet oder Teilgebiet besonders geeignet ist. Die gesetzliche Frist für die Fertigstellung der KWP ist der 30. Juni 2026.

Der erste Termin zur Information der Öffentlichkeit ist die digitale Bürger*innensprechstunde am 26. Februar 2025 von 17:00 bis 18:30 Uhr. Weitere Termine für Informationsangebote folgen im Verlauf des Jahres und werden über Pressemitteilungen sowie die städtische Internetseite bekannt gegeben.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024)

Rh. Bokeloh (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert daran, dass noch eine Stellungnahme der Verwaltung zum barrierefreien Zugang zum Bahnhof Leverkusen-Manfort aussteht.

Redaktioneller Hinweis:

Die beantwortete Anfrage wurde am 23.01.2025 vom Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01) in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Rh. Tahiri (CDU) weist auf den Kostümrorschball der AVEA GmbH & Co. KG in Verbindung mit der Stadt Leverkusen und der JSL hin, der am 26.01.2025 um 12.00 Uhr stattfindet.

Der Vorsitzende, Rh. Dirk Löb (SPD) schließt die Sitzung gegen 20:00 Uhr.

gez.

Rh. Dirk Löb
Vorsitzender

gez.

Kathrin Hellbarth
Schriftführerin